



2024/23

11.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 4/2021

vom 5. Februar 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) des EWR-Abkommens [2024/23]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/2035 der Kommission vom 28. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern ⁽¹⁾, berichtigt in ABL L 191 vom 16.6.2020, S. 3, ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (2) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status „seuchenfrei“ für bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen ⁽²⁾ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (3) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/691 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Aquakulturbetriebe und Transportunternehmer, die Wassertiere befördern ⁽³⁾ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (4) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/990 der Kommission vom 28. April 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheits- und Bescheinigungsanforderungen an Verbringungen von Wassertieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren innerhalb der Union ⁽⁴⁾ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (5) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/1625 der Kommission vom 25. August 2020 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2019/2035 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern ⁽⁵⁾ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (6) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/2002 der Kommission vom 7. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Meldung gelisteter Seuchen innerhalb der Union und die Berichterstattung über gelistete Seuchen innerhalb der Union, in Bezug auf Formate und Verfahren für die Vorlage von Überwachungsprogrammen in der Union und von Tilgungsprogrammen und die Berichterstattung darüber sowie für Anträge auf Anerkennung des Status „seuchenfrei“ sowie in Bezug auf das elektronische Informationssystem ⁽⁶⁾ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

⁽¹⁾ ABL L 314 vom 5.12.2019, S. 115.

⁽²⁾ ABL L 174 vom 3.6.2020, S. 211.

⁽³⁾ ABL L 174 vom 3.6.2020, S. 345.

⁽⁴⁾ ABL L 221 vom 10.7.2020, S. 42.

⁽⁵⁾ ABL L 366 vom 4.11.2020, S. 1.

⁽⁶⁾ ABL L 412 vom 8.12.2020, S. 1.

- (7) Mit der Delegierten Verordnung (EU) 2019/2035 werden mit Wirkung vom 21. April 2021 die Verordnungen (EG) Nr. 509/1999 ⁽⁷⁾, (EG) Nr. 2680/1999 ⁽⁸⁾, (EG) Nr. 911/2004 ⁽⁹⁾, (EG) Nr. 644/2005 ⁽¹⁰⁾ und (EG) Nr. 1739/2005 ⁽¹¹⁾ der Kommission und die Entscheidungen 2000/678/EG ⁽¹²⁾, 2001/672/EG ⁽¹³⁾, 2004/764/EG ⁽¹⁴⁾, 2006/28/EG ⁽¹⁵⁾, 2006/968/EG ⁽¹⁶⁾ und 2009/712/EG ⁽¹⁷⁾ der Kommission aufgehoben, die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurden und daher mit Wirkung vom 21. April 2021 aus diesem zu streichen sind.
- (8) Mit der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 werden mit Wirkung vom 21. April 2021 die Entscheidungen 2000/428/EG ⁽¹⁸⁾, 2002/106/EG ⁽¹⁹⁾, 2003/422/EG ⁽²⁰⁾, 2006/437/EG ⁽²¹⁾ und 2008/896/EG ⁽²²⁾ der Kommission sowie der Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1554 der Kommission ⁽²³⁾ aufgehoben, die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurden und daher mit Wirkung vom 21. April 2021 aus diesem zu streichen sind.
- (9) Mit der Delegierten Verordnung (EU) 2020/691 wird mit Wirkung vom 21. April 2021 die Entscheidung 2008/392/EG der Kommission ⁽²⁴⁾ aufgehoben, die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurde und daher mit Wirkung vom 21. April 2021 aus diesem zu streichen ist.
- (10) Dieser Beschluss betrifft veterinärrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I des EWR-Abkommens gelten veterinärrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.
- (11) Anhang I des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I Kapitel I des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. In Teil 1.1 wird nach Nummer 13f (Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission) Folgendes eingefügt:

„13g. **32019 R 2035**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2035 der Kommission vom 28. Juni 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Betriebe, in denen Landtiere gehalten werden, und für Brütereien sowie zur Rückverfolgbarkeit von bestimmten gehaltenen Landtieren und von Bruteiern (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 115), berichtigt in ABl. L 191 vom 16.6.2020, S. 3, geändert durch:

— **32020 R 1625**: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1625 der Kommission vom 25. August 2020 (ABl. L 366 vom 4.11.2020, S. 1).

Die Delegierte Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

⁽⁷⁾ ABl. L 60 vom 9.3.1999, S. 53.

⁽⁸⁾ ABl. L 326 vom 18.12.1999, S. 16.

⁽⁹⁾ ABl. L 163 vom 30.4.2004, S. 65.

⁽¹⁰⁾ ABl. L 107 vom 28.4.2005, S. 18.

⁽¹¹⁾ ABl. L 279 vom 22.10.2005, S. 47.

⁽¹²⁾ ABl. L 281 vom 7.11.2000, S. 16.

⁽¹³⁾ ABl. L 235 vom 4.9.2001, S. 23.

⁽¹⁴⁾ ABl. L 339 vom 16.11.2004, S. 9.

⁽¹⁵⁾ ABl. L 19 vom 24.1.2006, S. 32.

⁽¹⁶⁾ ABl. L 401 vom 30.12.2006, S. 41.

⁽¹⁷⁾ ABl. L 247 vom 19.9.2009, S. 13.

⁽¹⁸⁾ ABl. L 167 vom 7.7.2000, S. 22.

⁽¹⁹⁾ ABl. L 39 vom 9.2.2002, S. 71.

⁽²⁰⁾ ABl. L 143 vom 11.6.2003, S. 35.

⁽²¹⁾ ABl. L 237 vom 31.8.2006, S. 1.

⁽²²⁾ ABl. L 322 vom 2.12.2008, S. 30.

⁽²³⁾ ABl. L 247 vom 23.9.2015, S. 1.

⁽²⁴⁾ ABl. L 138 vom 28.5.2008, S. 12.

a) In Artikel 83 werden nach der Angabe ‚Verordnung (EU) Nr. 952/2013‘ die Worte ‚oder nach dem Datum des Abschlusses des Zollverfahrens zur Überlassung der Tiere zum zollrechtlich freien Verkehr im Rahmen der norwegischen Zollverfahren‘ eingefügt.

b) In den Artikeln 87 und 88 werden für die EFTA-Staaten nach der Angabe ‚21. April 2021‘ die Worte ‚oder dem Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 4/2021 vom 5. Februar 2021, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist,‘ eingefügt.

Dieser Rechtsakt findet in den Bereichen, auf die in Absatz 2 des Einleitenden Teils Bezug genommen wird, auf Island Anwendung.

- 13h. **32020 R 0689**: Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status ‚seuchenfrei‘ für bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 211).

Dieser Rechtsakt findet in den Bereichen, auf die in Absatz 2 des Einleitenden Teils Bezug genommen wird, auf Island Anwendung.

- 13i. **32020 R 0691**: Delegierte Verordnung (EU) 2020/691 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für Aquakulturbetriebe und Transportunternehmer, die Wassertiere befördern (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 345).

- 13j. **32020 R 0990**: Delegierte Verordnung (EU) 2020/990 der Kommission vom 28. April 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheits- und Bescheinigungsanforderungen an Verbringungen von Wassertieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren innerhalb der Union (ABl. L 221 vom 10.7.2020, S. 42).

- 13k. **32020 R 2002**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2002 der Kommission vom 7. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Meldung gelisteter Seuchen innerhalb der Union und die Berichterstattung über gelistete Seuchen innerhalb der Union, in Bezug auf Formate und Verfahren für die Vorlage von Überwachungsprogrammen in der Union und von Tilgungsprogrammen und die Berichterstattung darüber sowie für Anträge auf Anerkennung des Status ‚seuchenfrei‘ sowie in Bezug auf das elektronische Informationssystem (ABl. L 412 vom 8.12.2020, S. 1).

Die Durchführungsverordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In der Tabelle in Anhang IV werden die folgenden Zeilen angefügt:

Island	Veterinäreinheiten oder Gemeinden
Norwegen	Kommune

Dieser Rechtsakt findet in den Bereichen, auf die in Absatz 2 des Einleitenden Teils Bezug genommen wird, auf Island Anwendung.“

2. Der Text der Nummern 86a (Verordnung (EG) Nr. 509/1999 der Kommission), 86b (Verordnung (EG) Nr. 2680/1999 der Kommission), 112 (Entscheidung 2001/672/EG der Kommission), 132 (Entscheidung 2006/968/EG der Kommission), 141 (Verordnung (EG) Nr. 911/2004 der Kommission), 142 (Verordnung (EG) Nr. 644/2005 der Kommission), 143 (Entscheidung 2006/28/EG der Kommission) und 145 (Entscheidung 2009/712/EG der Kommission) in Teil 1.2, von Nummer 24 (Entscheidung 2004/764/EG der Kommission) unter der Überschrift ‚RECHTSAKTE, DENEN DIE EFTA-STAAATEN UND DIE EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE GEBÜHREND RECHNUNG TRAGEN MÜSSEN‘ in Teil 1.2, der Nummern 33 (Durchführungsverordnung (EU) 2015/262 der Kommission) und 34 (Entscheidung 2009/712/EG der Kommission) in Teil 2.2, von Nummer 8b (Durchführungsbeschluss (EU) 2015/1554 der Kommission) in Teil 3.1, der Nummern 14 (Entscheidung 2000/428/EG der Kommission), 23 (Entscheidung 2002/106/EG der Kommission), 28 (Entscheidung 2003/422/EG der Kommission), 37 (Entscheidung 2006/437/EG der Kommission), 42 (Entscheidung 2008/896/EG der Kommission) und 44 (Entscheidung 2009/712/EG der Kommission) in Teil 3.2 sowie der Nummern 57 (Entscheidung 2000/678/EG der Kommission), 82 (Verordnung (EG) Nr. 1739/2005 der Kommission), 85 (Durchführungsverordnung (EU) 2015/262 der Kommission), 87 (Entscheidung 2008/392/EG der Kommission) und 91 (Entscheidung 2009/712/EG der Kommission) in Teil 4.2 wird mit Wirkung vom 21. April 2021 gestrichen.

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnungen (EU) 2019/2035, berichtigt in ABl. L 191 vom 16.6.2020, S. 3, (EU) 2020/689, (EU) 2020/691, (EU) 2020/990 und (EU) 2020/1625 sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2002 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblatts der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 6. Februar 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen*, oder am Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 179/2020 vom 11. Dezember 2020⁽²⁵⁾, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblatts der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 5. Februar 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss

Die Präsidentin

Clara GANSLANDT

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

⁽²⁵⁾ ABl. L 240 vom 28.9.2023, S. 5.